

6323/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten G.Moser, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit & Soziales

betreffend Überstunden, Teilzeitarbeit und Arbeitszeitverkürzung

Jeder Prozentpunkt der Arbeitslosenrate verursacht Folgekosten für die öffentliche Hand in der Höhe von 11 Milliarden Schilling.

Angesichts der angespannten Lage am Arbeitsmarkt, der großen Zahl von arbeitslosen Jungakademikern und dem verstärkten Wunsch nach Teilzeitarbeit erhebt sich die Frage, inwieweit die öffentliche Hand nicht diesen Verhältnissen am Arbeitsmarkt entgegensteuern kann. Vor allem deshalb, weil entsprechend einer Studie des WIFO Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst geringere Kostenaufwendungen nach ziehen, da einerseits Ausgaben für Notstandhilfe und Arbeitslosenunterstützungen eingespart werden und andererseits Sozialversicherungsbeiträge eingenommen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie hoch ist die Anzahl der Überstunden in Ihrem Ministerium im Vergleich zu der vor fünf Jahren?
2. Wieviele Teilzeitarbeitsplätze existieren derzeit in Ihrem Ministerium, wieviel waren es vor fünf Jahren?
3. Wie teilen sich die Überstunden und Teilzeitarbeitsplätze jeweils auf Frauen und Männer auf?
4. Welchen Gehaltsstufen sind Überstunden und Teilzeitarbeitsplätze, getrennt nach Frauen und Männern, zuzuordnen?
5. In welchem Ausmaß gedenken Sie die Anzahl der Überstunden zu reduzieren? Wieviele zusätzliche Stellen wären dadurch möglich?

6. Wie hoch ist derzeit der Anteil an ausgeschriebenen Stellen, die als Teilzeitarbeitsplätze ausgewiesen sind oder auf welchen Teilzeitarbeit möglich wäre?
7. Denken Sie daran, in Zukunft alle Stellen auch als Teilzeitarbeitsplätze auszuschreiben, wen nicht, warum nicht?
8. Welche Vorteile bzw. welche Nachteile würde eine vermehrte Besetzung mit Teilzeitarbeitsplätzen bringen?
9. Welchen Arbeitsplatzeffekt würde eine Senkung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden im öffentlichen Dienst zur Folge haben?
10. Welchen Kostenaufwand würde dies für Ihr Ministerium bedeuten?